

Treffen der "AG junger Chinawissenschaftler" 1999

Bonn, 13.-14. Februar 1999

Seit 1992 trifft jedes Jahr ein kleiner Kreis "junger" Chinawissenschaftler zusammen, um sich über bisherige und zukünftige Forschungsprojekte auszutauschen. Bei den etwa 50 Teilnehmern aus Deutschland, Österreich und der Schweiz handelte es sich fast ausschließlich um Absolventen sinologischer Studiengänge. 13 von ihnen stellten in Kurzvorträgen Dissertations-, Habilitations- oder sonstige Projekte vor. Darunter behandelten zwei Referate vorwiegend Fragen des China v.u.Z., drei Themen waren im zweiten Jahrtausend angesiedelt, doch die meisten Beiträge (8) drehten sich um Fragen des 20. Jh. Es wurden völlig unterschiedliche Forschungsansätze vorgestellt, von streng philologischen über historische bis zu politologischen, die auf Feldforschungen basieren. Zwar konnte diese Auswahl von Kurzreferaten nicht die gesamte Bandbreite zeitgenössischer chinawissenschaftlicher Forschung im deutschsprachigen Raum widerspiegeln. Darüber hinaus boten aber die vielen Gespräche am Rande der Tagung einen guten Überblick über die derzeitige Situation an den jeweiligen Seminaren.

Besonders positiv und für sinologische Eigenbrötler nicht gerade selbstverständlich waren der kollegiale Ton und die Offenheit, in der miteinander umgegangen wurde. Kritik in den eigenen Reihen wurde allerdings wie in den Vorjahren bezüglich der Organisation des Treffens und der Mitgliederverwaltung laut. Neben den alljährlichen Treffen unterhält die AG eine Datenbank im Internet, die (angeblich) jedem "jungen Chinawissenschaftler" offensteht, der ein "mittel- bis langfristiges" Interesse an chinabezogener Forschung nachweisen kann. Auch junge Wissenschaftler aus nicht-sinologischen Fächern, die sich mit China befassen, sollen deshalb willkommen sein (nähere Informationen und Möglichkeit zum Antrag auf Mitgliedschaft unter <http://sun.sino.uni-heidelberg.de/china-ag.html>). Allerdings war die Kontaktaufnahme Außenstehender zur AG über das Internet bisweilen nahezu unmöglich.

Der äußerst lockeren "AG junger Chinawissenschaftler" bleibt zu wünschen, daß ihr Charakter der eigenen Bezeichnung in Zukunft noch stärker gerecht wird. Auf der einen Seite erscheint ein engerer Zusammenschluß ("AG") sinnvoll, in dem entsprechend klare Aufgaben und Kompetenzen vergeben werden. Auf der anderen Seite wird es Zeit, von Seiten des dominierenden "Mittelbaus" eine größere Offenheit gegenüber dem wirklich jungen Nachwuchs zu zeigen. Die Organisation des Treffens im Jahr 2000 wurde in die Hände der "Wiener" Sinologen gelegt, der genaue Zeitpunkt steht aber noch nicht fest.

Carsten Krause

China verstehen – mit China umgehen. Probleme und Perspektiven einer zukünftigen Weltmacht und unser Verhältnis zu ihr

Loccum, 25.-27. November 1998

Im winterlich verschneiten Loccum standen aktuelle Aspekte der Entwicklung Chinas im Brennpunkt der Diskussion unter der Leitung von Jörg Calließ (Evangelische

Akademie Loccum) und Gunter Schubert (Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft Heidelberg). Schubert erläuterte, daß die letzten beiden Jahrzehnte widersprüchliche Entwicklungen zutage gebracht hätten, die einer näheren Betrachtung bedürften. Von besonderer Relevanz seien die Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie, Prosperität und Pauperisierung, Autoritarismus und Demokratisierung, Regionalismus und Zentralismus. Auch der Umgang mit diesem Land, insbesondere in der Menschenrechtsfrage, sei erneut zu hinterfragen.

Zur ökologischen Nachhaltigkeit des chinesischen Wirtschaftswachstums referierten Dirk Betke (TU Berlin) und Peter Heck (Fachhochschule Trier). Eine Hauptursache für die desolate Umweltentwicklung vor allem in den dicht besiedelten Regionen sah Betke in dem Auseinanderklaffen von neuen unternehmerischen Möglichkeiten, die die Marktwirtschaft biete, und den ungeeigneten planwirtschaftlichen Mechanismen zur Regulierung schädlicher Aktivitäten. Zu kritisieren sei der Ansatz der chinesischen Umweltpolitik, wonach der Staat die Hauptrolle als Garant der Umweltspiele und kaum eine Einbindung der Betroffenen stattfinde. Dieses System stoße an institutionelle Grenzen. Heck sah aufgrund der Technologiegläubigkeit der chinesischen Regierung nur wenig Chancen auf Vermeidung eines globalen Fiaskos. Allein die Erziehung und Ausbildung im Umweltschutz sei ein Silberstreif am Horizont.

Den sozialen Verschiebungen innerhalb der chinesischen Gesellschaft widmeten sich Monika Schädler (Hochschule Bremen) und Thomas Heberer (Universität Duisburg). Schädler berichtete dabei über die Lage in den chinesischen Städten, wo offene und versteckte Arbeitslosigkeit zu einem zentralen Problem geworden sei. Sie stelle eine Ursache für eine neue Armut dar, die bereits bei Arbeitern im unteren Einkommensbereich zu beobachten sei. Zunehmende Korruption und Kriminalität seien weitere Folgen der veränderten Rahmenbedingungen. Heberer führte zur sozialen Entwicklung auf dem Lande aus, daß die Landbevölkerung einen politischen Gegenpol zum Staat und zur KPCh darstelle. Sie sei die Antriebskraft für mehr unternehmerische Freiheiten gewesen. Außerdem habe die Landbevölkerung – nicht zuletzt wegen ihrer marktwirtschaftlichen Ausrichtung – wichtige Voraussetzungen für den beginnenden Demokratisierungsprozeß geschaffen.

Über Entwicklung und Perspektiven der chinesischen Demokratiebewegung sprach Ding Ding (FU Berlin). Gemeinsames Ziel der ansonsten diffusen chinesischen Demokratiebewegung sei es, die politische Landschaft in China grundlegend zu liberalisieren. Nach dem Einschnitt vom 4. Juni 1989 bemühten sich die vor allem städtischen Aktivisten um eine konstruktive Opposition mit friedlichen Mitteln. Der Wandel des Rechtssystems und der politischen Institutionen sowie ein wachsendes Protestpotential in der Bevölkerung mache es der Regierung schwerer, die sogenannten Dissidenten auszuschalten. Ding sah auch innerhalb der KPCh "gesunde Kräfte" sprießen. Langfristig seien deshalb die Chancen der Demokratiebewegung in China gut. Anschließend ging Eberhard Sandschneider (FU Berlin) auf die Frage ein, ob in China eine Zivilgesellschaft entstehe. Er vertrat die Auffassung, daß die politische Transformation hin zu einer demokratischen Gesellschaft bereits begonnen habe. Zwar seien nach dem engen Institutionenbegriff noch keine realen Änderungen festzustellen, dagegen habe der politische Wandel in einem weiten Institutionenbegriff bereits Niederschlag gefunden. Die Diskussion um eine Zivilgesell-

schaft in China sei wenig nützlich, da der Begriff wegen seiner okzidental Provenienz zumeist programmatisch verstanden werde.

Zur Zukunft des politischen Systems in der Volksrepublik China sprachen Rüdiger Machetzky (Institut für Asienkunde) und Carsten Herrmann-Pillath (Universität Witten-Herdecke). Machetzky behauptete, daß China nicht föderalismusfähig sei. Zudem sprächen zahlreiche Ungleichheiten etwa auf materieller oder geistiger Ebene eher für eine Desintegration Chinas. Auch ein nationaler Binnenmarkt sei bisher nicht vorhanden. Auf der anderen Seite stehe die Einheit für Frieden und Wohlstand. Auch das wirtschaftliche Interesse und Großmachtträume Chinas sprächen gegen eine Desintegration des Landes. Ein Auseinanderfallen Chinas sei deshalb unwahrscheinlich; allerdings seien in Zukunft große Energien zum Erhalt der Einheit vonnöten. Herrmann-Pillath untersuchte ausgehend vom Steuersystem, ob in China eine informelle Entwicklung zu einem "Quasi-Föderalismus" stattgefunden habe. Mit der Steuerreform von 1994 habe die Zentrale – letztlich vergeblich – versucht, die seit 1979 allmählich verlorengegangene fiskalische Hoheit wieder an sich zu ziehen. Dennoch hielt Herrmann-Pillath das negative Szenario eines auf Sand gebauten Leviathans nicht für unausweichlich; auch eine positive Lösung etwa im Sinne des Schweizer Bundesstaatsmodells sei denkbar.

"Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß China eine Supermacht wird", meinte Oskar Weggel (Institut für Asienkunde) zum außenpolitischen Selbstverständnis Chinas. Gu Xuewu (Universität Trier) vertrat die Auffassung, daß in der chinesischen Führung heute ein Bewußtsein des Weltmittelpunktes nicht mehr vorherrsche, sondern daß China sich in einer multipolaren Welt als einer von mehreren Polen begreife.

In der abschließenden Podiumsdiskussion ging es um die deutsche Haltung gegenüber den Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik China. An dieser überraschend harmonischen Diskussion nahmen teil Dirk Pleiter (Amnesty international), Hans-Heinrich Bass (Universität Bremen), Jürgen Oberg (Siemens AG) und Thomas Wrießnig (Auswärtiges Amt). Übereinstimmung bestand zunächst darin, daß es in der Volksrepublik noch eine Reihe von Menschenrechtsverletzungen gebe, sich die Lage insgesamt jedoch auf dem Weg der Besserung befinde. Ebenfalls Konsens herrschte darüber, daß der Weg der "stillen Diplomatie" und des "Wandel durch Handel" keinen Automatismus beinhalte und kein politisches Konzept sei. Neben einer komplexen Chinapolitik der Regierung sei es sinnvoll, auch NGOs in die Menschenrechtspolitik miteinzubeziehen. Auch deutsche Unternehmen trügen Verantwortung für eine konsistente Menschenrechtspolitik, indem sie die Arbeitsbedingungen in diesem Sinne ausgestalten; Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz, Vereinigungs- und Meinungsfreiheit sollten vorbildlich umgesetzt werden.

Für weitere Informationen zur Tagung können Sie sich wenden an: Thomas Richter, Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Günterstalstraße 73, 79100 Freiburg; Tel.: 0761/7081-273; Fax: 0761/7081-294.

Thomas Richter